

Zur Politik der friedlichen Koexistenz*)

Auf der 2. Tagung des Zentralkomitees der SED erklärte Genosse Honecker: „Der Kernpunkt der Gesellschaftspolitik unserer Partei und der Deutschen Demokratischen Republik ist eindeutig auf Frieden, Freiheit, sozialen Fortschritt, auf den Sozialismus gerichtet.

Die Beschlüsse des IX. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands lassen keinen Zweifel an diesem Kurs zu, mehr noch: Sie zeigen, wie unsere innen- und außenpolitischen Ziele mit den Lebensinteressen der Völker übereinstimmen. Das wird unterstrichen durch die hohe Achtung, die man dem Aufbauwerk unseres Volkes, seiner solidarischen Haltung gegenüber den um ihre Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden Völkern entgegenbringt.

In diesem Sinne bekräftigen wir die Fortsetzung der Entspannungspolitik und wissen uns dabei eins mit der Friedenspolitik der Sowjetunion und der koordinierten Außenpolitik aller sozialistischen Länder.“¹⁾

Die Entspannung kennzeichnet die internationale Lage

Natürlich setzt sich die friedliche Koexistenz nicht im Selbstlauf durch. Die Erhaltung des Friedens verlangt von den progressiven Kräften der Welt, stets größte Wachsamkeit. Wie die Erfahrungen der

Sozialismus und Frieden bedingen objektiv einander, sie stellen eine Einheit dar. Es sind die Grundinteressen des sozialistischen und kommunistischen Aufbaus, die die Politik des Friedens, die Politik der friedlichen Koexistenz unserer Partei an der Seite der KPdSU und der anderen Bruderparteien bestimmen. Zur friedlichen Koexistenz gibt es keine Alternative. Davon geht unsere Partei in allen ihren politischen Schritten in der internationalen Arena sowie in der Entwicklung der bilateralen Beziehungen zu allen Staaten mit anderer Gesellschaftsordnung aus. Unsere Partei sagte noch einmal auf dem IX. Parteitag, was die Politik der friedlichen Koexistenz kennzeichnet: „Bei Anerkennung der völkerrechtlichen Prinzipien der Unantastbarkeit der Grenzen, der Souveränität und territorialen Integrität sowie der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten können und sollen es normale Beziehungen, Beziehungen der Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil sein.“²⁾

vergangenen 30 Jahre im Kampf um den Frieden zeigen, sind alle bisherigen Erfolge den Feinden der Entspannung und der friedlichen Koexistenz im harten Ringen abgerungen worden. Das wird auch künftig so sein.

Die Völker der Welt vollziehen in diesen Jahren eine Wende von der explosiven Spannung zur Entspannung und zu normaler, gegenseitig vorteilhafter Zusammenarbeit. Dieser sich abzeichnende Prozeß der Umgestaltung der internationalen Beziehungen auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz ist zweifellos ein bedeutender Erfolg. Die Deutsche Demokratische Republik leistete und leistet dazu ihren Beitrag. Der IX. Parteitag konnte in diesem Zusammenhang feststellen, daß das vom VIII. Parteitag angenommene Friedenskonzept in den vergangenen Jahren in all seinen Punkten erfüllt worden ist. Klar und eindeutig war erklärt worden, worin die Deutsche Demokratische Republik ihre Aufgaben zur Friedenssicherung sieht. Es ging um die baldmögliche Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz, darum, daß unser Staat Mitglied der UNO, daß die diplomatische Blockade durchbrochen und eine Normalisierung des Verhältnisses sowohl zur BRD als auch zu Westberlin geschaffen wird.

Indem das Volk der DDR seinen Staat politisch, ökonomisch und militärisch stärkte, schuf es wichtige Bedingungen für die Durchsetzung dieser Ziele. Die Erfüllung des Friedenskonzepts des VIII. Parteitages war ein konstruktiver Beitrag zur Verwirklichung des vom XXIV. Parteitag der KPdSU beschlossenen Friedensprogramms. Die koordinierte Außenpolitik der sozialistischen Staaten erweist sich stets als entscheidender Faktor zur Erreichung von Fortschritt-

* Für die Teilnehmer des Parteilehrjahres 1976/77, Thema 2